Aus der Partei

Zum Parteitag

(Fortsetzung von Nr. 6.)

III.

Die KAPD. — Was sie ist und was sie nicht sein soll.

Die KAPD. stellt die positive Ueberwindung der alten Arbeiterbewegung dar. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß sie als etwas Fertiges gegründet wurde. Auch sie brauchte Zeit, um sich über Programm und die Taktik, wie über ihre Grundlagen klar zu werden. Dabei ging der Prozeß der Vertiefung des „Selbsterkennens" nicht immer ununterbrochen und folgerichtig vor sich. Die Stärke der traditionellen Ueberlieferungen, verkörpert von den Gewerkschaften und den parlamentarischen Parteien einerseits, und die Schwäche der Partei andererseits, drängten sie naturgemäß in eine Lage, in der sie sich ausschließlich mit einer Kritik des Sozialdemokratismus, der 2. und der 3. Internationale erschöpfte. Daraus entstanden oft Stimmungen und Ansichten, die aus der Not eine Tugend machen wollten. Sie erkannte nicht eine aufgezwungene Stellung, die überwunden werden mußte, sondern die Taktik und ihre einzigste Aufgabe. Daraus resultierte auch die Tatsache, daß die Partei oft ihre Linie aus der Kritik und diese allein aus der Notwendigkeit der Bekämpfung der reformistischen Gegner bestimmen ließ, anstatt die Kritik und die Bekämpfung des Reformismus aus einer positiven Linie abzuleiten. Auf diese Weise ließ sich die Partei oft durch die reformistische Bewegung aus ihrer Linie der positiven Ueberwindung des Reformismus auf eine andere verdrängen, die in manchen Punkten bloße Negation und in anderen Konkurrenz der Gewerkschaften, SPD. und KPD. darstellte. Beispiele dafür sind die Schwankungen in der Stellung der Partei zur AAU. — ihr Wesen und ihre Taktik, von der später die Rede sein wird. Ein weiteres Beispiel ist auch die Uebernahme der sogenannten „Todeskrise" von der KPD. Mit ihr wollte man später die neuen Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung sowie die Existenzberechtigung der KAPD. begründen. Die kommende Parteitags-Diskussion und der Parteitag selbst müssen auch in diesem Punkte eine richtige Stellungnahme der Partei zur Folge haben. Es sei hier nur bemerkt, daß Pannekoek in puncto „Todeskrise" Recht hat, wenn er auch nicht das besondere der kapitalistischen Nachkriegskrise sieht: die erfolgte und die sich noch vollziehende Umwälzung in der internationalen Verteilung der Arbeit. Diese Umwälzung, welche Marx schon 1847 voraussah, erklärt die Besonderheiten (Dauer und Schärfe) der Nachkriegskrise in den altkapitalistischen Ländern, die sich noch lange hinschleppen wird.

Die Lehre aus der vergangenen Entwicklung der Partei muß sein, daß sie künftig hartnäckiger ihre positive Linie durchzuführen bestrebt ist, indem sie ihren Kampf um die neuen Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung nicht von dem Gegensatz zu der alten bestimmen läßt, sondern den Gegensatz zu dieser und ihre Kritik an ihnen aus ihrem positiven Programm heraus folgen läßt. Die Partei muß bestrebt sein, möglichst so zu handeln, als wenn die alten Organisationen nicht da wären. Nur so wird sie sich nicht nach dem „Prinzip der Antithese" aus ihrer positiven revolutionären Linie auf die Bahn der Negation und des Utopismus verdrängen lassen.

Die positive Linie der Partei folgt aus ihren Ansichten über die Formen und Kampfmethoden der Arbeiterbewegung, sowie aus diesen über die Rolle der revolutionären Partei. Diese Ansichten folgen aber nicht aus diesen oder jenen Prognosen der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, d. h. nicht davon, ob die Krise Todeskrise ist oder nicht, sondern sie sind das Resultat der bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung, der Einsicht in die gegenwärtigen Kampfbedingungen und unsere Vorstellungen von den Voraussetzungen und dem Gang der proletarischen Revolution, die sich auf die Erfahrungen der russischen Revolution und der europäischen revolutionären Erhebungen stützen. Als Anhänger des wissenschaftlichen, des Marxschen Kommunismus gehen wir von dem Grundsatz aus, daß der Klassenkampf des Proletariats der Hebel zum Sturz des Kapitalismus ist. Dabei ist der Klassenkampf für uns nicht ein Begriff, sondern eine Tatsache, ein Prozeß, dessen Ursachen und Ausgangspunkt die alltäglichen Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital sind. Diesen Prozeß fördern, heißt die Kräfte zum Sturz des Kapitalismus auslösen und entwickeln. Das kann jedoch nicht allein dadurch geschehen, daß man die Welt hübsch marxistisch erklärt, und die Aufgaben des Proletariats in jedem Stadium der Entwicklung aufzeigt; es ist noch notwendig, die Arbeiterbewegung selbst von ihren zur Fessel gewordenen alten Organisationen zu befreien. Der Kampf der Arbeiterklasse, mit seinen materiellen Grundlagen, die Organisationsformen und die revolutionäre Ideologie stehen in Wechselwirkung zueinander. Diese voneinander bewußt oder unbewußt trennen zu wollen, bedeutet die Bewegung vom Ziel und das Ziel von der Bewegung trennen wollen. Die Organisation, die das nicht begreift, verfällt in den Sumpf des Reformismus oder in den sektiererischen Utopismus.

Aus der Konzentration des Kapitalismus und aus den ihr entsprechenden monopolistischen Formen folgt, wie schon ausgeführt wurde, die Notwendigkeit der Massenaktion und ihrer entsprechenden Organisationsform, die die Partei mit Wort und Tat fördert. Hieraus folgt unsere Ablehnung des Parlamentarismus.

4. Die KAPD. und der Parlamentarismus.

Wenn wir hier vom Parlamentarismus sprechen, so handelt es sich nicht um den Parlamentarismus als Regierungssystem, sondern als Kampfmittel des Proletariats. Als solches beruht er auf der Illusion der Arbeiter, die er wiederum stärkt, daß sie für ihre Interessen durch die von ihnen gewählten Parlamentarier kämpfen können. Der Parlamentarismus steht also in schroffem Widerspruch zur Taktik der Massenaktion, da er ihre ideologischen Voraussetzungen zerstört. Aus diesen politischen und nicht aus irgendwelchen moralischen Gründen lehnt die Partei den Parlamentarismus ab.

Es muß betont werden, daß wir den Parlamentarismus nicht deshalb ablehnen, weil er der Partei keine materiellen Vorteile bringt, oder weil er auf die Partei korrumpierend wirken und sie auch verhindern könnte, die Frage von Masse und Führer im revolutionären Sinne zu lösen. Wir gehen in unserem Verhältnis zum Parlamentarismus als Kampfmittel erstens von seinen verderblichen Auswirkungen auf die Ideologie der Arbeiter aus, und zweitens von seiner Auswirkung auf die Partei, die ihn betreibt. Es ist jedoch falsch, die verderbliche Auswirkung des Parlamentarismus auf die parlamentarischen Parteien in der Korruption und dem Gegensatz zwischen Führer und Masse sehen zu wollen. Diese Erscheinungen kennzeichnen tatsächlich jede parlamentarische Partei; sie sind aber auch in nichtparlamentarischen Organisationen zu finden. Ihre Ursache muß also wo anders gesucht werden. Sie liegt in der Zusammensetzung der Organisation. (Davon wird später noch die Rede sein.) Die Korruption und der Gegensatz zwischen Führer und Masse in einer parlamentarischen Partei stehen nur im indirekten Zusammenhang mit dem Parlamentarismus. Dieser besteht eben darin, daß sich der Parlamentarismus auf die Zusammensetzung der Partei auswirkt.

Der Parlamentarismus birgt in sich die unabwendbare Tendenz, die Partei in einen Wahlapparat zu verwandeln. Die Jagd nach Wählern wird ihr zum Ziel und bestimmt ihr Tun und Lassen. Die Agitation und die Propaganda der parlamentarischen Partei paßt sich immer mehr und mehr an die rückständigen, kleinbürgerlichen Ansichten der Wähler an, statt sie zu bekämpfen. Ihr Zuwachs besteht aus von dieser Agitation und Propaganda „aufgeklärten" Arbeitern, für die der Parlamentarismus nicht mehr eine Taktik ist. — trotzdem er als solche gebraucht werden sollte; für sie ist er ein Weg und ein Mittel des Kampfes und später auch der Eroberung der Macht. Das ist der zweite Grund für unsere Ablehnung des Parlamentarismus.

Daß der Parlamentarismus nicht das Gebäude ist, wo die Parlamentarier ihre Sitzungen abhalten, sondern ein System von Ansichten und Handlungen, die sich in der Wahlagitation, in der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Betätigung äußern, sollte jeder Marxist verstehen. Ist dem aber so, dann muß man auch begreifen, daß die Annahme von Geld von einem, der aus persönlichen Gründen noch formell Reichstagsabgeordneter bleibt, nichts mit Parlamentarismus zu tun hat. Dies berührt gar nicht unsere politischen Gründe für die Ablehnung des Parlamentarismus, die nichts gemein haben mit der Verneinung der sogenannten „kleinen Vorteile". Die Annahme von Geld, dessen Quelle parlamentarische Diäten sind, als eine Erschütterung unserer antiparlamentarischen Stellungnahme zu betrachten, bedeutet die Frage „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus", nicht von politischen Gesichtspunkten, sondern von jenen der sogenannten kleinen Vorteile lösen zu wollen, wie das die 3. Internationale bei ihrer Entstehung getan hat.

Wenn aber der Parteitag zu den Gründen unseres Antiparlamentarismus nichts Neues zu sagen hat, so gilt das nicht für die Frage der Richtigkeit der parlamentarischen Taktik für die Vergangenheit. Diese Frage ist nicht, wie es auf den ersten Blick zu sein scheint, eine akademische Frage; sie ist von unmittelbarer Bedeutung für das System unserer Ansichten.

Die Partei ist, wenn auch nicht unmittelbar, aus der Sozialdemokratie hervorgegangen und es ist erklärlich, daß man in der Begründung unseres Verhältnisses zum Parlamentarismus auch Tribut an die Vergangenheit zahlen mußte. Man erklärte, daß für die Vergangenheit die parlamentarische Taktik ganz richtig war, daß aber die Verhältnisse sich geändert haben und sie jetzt unrichtig geworden ist. Dabei verstanden unter Vergangenheit manche die Zeit bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes, andere wieder die Zeit bis zum Weltkrieg, manche wollten sogar unsere Stellung zum Parlamentarismus wie unsere gesamte Taktik nur mit der revolutionären Situation erklären. Damit deckt sich auch die Ansicht der bekannten Essener „Theoretiker", daß nur die Todeskrise des Kapitalismus unsere Taktik, wie die Existenzberechtigung der KAP. im Gegensatz zur Sozialdemokratie rechtfertige. Aus der letzten Weisheit folgt, daß, sobald die Situation nicht mehr revolutionär ist und man aufhört, „das Dogma von der Todeskrise des Kapitals unerschütterlich anzubeten, wie der Katholik die Monstranz", man den Weg zum Parlamentarismus und zur Sozialdemokratie zurückfinden muß.

Ganz abgesehen von dieser Folgerung sind alle obigen Erklärungen unserer antiparlamentarischen Taktik nur ihrer Form nach dialektisch. Die Marxsche Dialektik ist jedoch eine Methode der konkreten Untersuchung. Und eine konkrete Untersuchung (die in unserer Preisse einmal gemacht werden soll) zeigt, daß das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Parlamentarismus aus der politischen Ideologie der Bourgeoisie entliehen ist, ebenso, wie ursprünglich alle Ideen des Proletariats. „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse." (Das kommunistische Manifest.) Das Proletariat versucht anfänglich, von diesen Ideen zur Verteidigung seiner Interessen Gebrauch zu machen. Ihre Untauglichkeit, d. h. Unrichtigkeit, sieht es erst durch den Gebrauch. Dann versucht ist, sie umzumodeln, sie zu revidieren, bis es sie voll und ganz überwindet. „Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird." (Das kommunistische Manifest.) Diese Entwicklung der proletarischen Ideenwelt ist auch in ihrem Verhältnis zum Parlamentarismus festzustellen. —

Die antiparlamentarischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung tauchen schon nach ihrem ersten politischen Auftreten auf; — aus der Erfahrung heraus. Damit sind nicht diejenigen unpolitischen Strömungen gemeint, die aus dem utopistischen System Owen oder aus kleinbürgerlichem Proudhonismus ihren Ausgang nehmen, sondern die politischen, antiparlamentarischen Strömungen in der Chartisten-Bewegung. Auch die deutsche Sozialdemokratie ist nicht ganz von antiparlamentarischen Strömungen verschont geblieben: Erinnern wir uns an die Liebknechtschen Ansichten. Die syndikalistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung, die auch Marxisten in ihren Reihen zählten (die jedoch im allgemeinen von dem Gegensatz zu den Vertretern des Marxismus in einen Gegensatz zum Marxismus selbst getrieben wurden), sind zum größten Teil als Produkt der parlamentarischen Erfahrung, als unbewußte Reaktion auf den Parlamentarismus zu verstehen. Sie haben vielfach die politische Tätigkeit mit dem Parlamentarismus, die politische Partei mit der parlamentarischen Partei identifiziert und daraus die falschen Schlüsse gezogen: Ablehnung des politischen Kampfes und der Partei und Anlehnung an die anarchistischen Theorien.

Eine geschichtliche Untersuchung der Entstehung und der Wandlungen der Ansichten im Proletariat über den Gebrauch des Parlamentarismus, sowie eine Untersuchung seiner Rückwirkungen auf die Ideologie der Arbeiter zeigt, daß diese Ansichten wohl bedingt, jedoch nicht richtig waren. Die geschichtliche Bedingtheit ist nicht immer mit Richtigkeit identisch. Auch die Irrtümer sind bedingt. Niemand wird jedoch behaupten, daß sie richtig sind. Die Religion ist auch bedingt. Keinem Marxisten wird es jedoch einfallen, zu behaupten, daß sie richtig ist, oder, daß sie bei ihrer Entstehung richtig gewesen und heute falsch geworden ist. Das wäre Vulgarisierung der Dialektik — reine Sophistik, die äußerlich Dialektik vortäuscht. Eine richtige Ansicht über ein Ding wird nur dann falsch, wenn sich das Ding verändert hat. Bleibt das Ding unverändert, oder ist es nur Veränderungen ausgesetzt, wobei das Quantitative nicht in das Qualitative umschlägt, dann sind die früheren Vorstellungen von ihm, die jetzt als falsch erkannt worden sind, schon von Anfang an falsch gewesen. Einige Beispiele: Das richtige Verhältnis des revolutionären Proletariats zu dem Rußland von 1917 ist 1927 unrichtig, weil sich Rußland qualitativ geändert hat. Das letztere gilt jedoch vom Parlamentarismus nicht. Wohl hat er Veränderugnen erfahren (in der Wahlberechtigung, der Wählbarkeit, in seinen gesetzgeberischen Rechten usw.). Sein Wesen hat sich aber nicht geändert. Er ist gewesen und bleibt ein ganz bestimmtes Vertretungssystem, das geeignet ist, als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zu dienen — nicht aber dem Proletariat. Der Parlamentarismus war auch geeignet, als Kampfwaffe einer besitzenden Klasse zur Eroberung der politischen Macht zu dienen. Er kann das aber nicht für das besitzlose Proletariat sein. Er ist nur geeignet, im Proletariat Illusionen zu erwecken. Deshalb war das Verhältnis der Massen des Proletariats zu ihm von Anfang an falsch.

Man darf nicht seine Richtigkeit daraus abzuleiten versuchen, daß der Kampf um das Wahlrecht und die Wahlkämpfe früher viel für die Sammlung des Proletariats als Klasse und für die Entwicklung seines Klassenbewußtseins beigetragen hat. Auch durch die religiösen Irrungen und Kämpfe ist früher die Menschheit ein großes Stück vorwärts gegangen. Die Ursache der Entwicklung im ersten Fall ist ebensowenig im Parlamentarismus wie im zweiten Fall in der Religion zu suchen. — Hypothetisch könnte die Klassensammlung des Proletariats auch auf anderem Wege vor sich gehen. Würde denn das nicht geschehen können, wenn man die heutigen Erfahrungen zur Zeit des alten Liebknecht gehabt hätte und die Sozialdemokratie antiparlamentarisch geworden wäre? Die Tatsache, daß man diese Erfahrungen noch nicht haben konnte, ist eben die historische Bedingtheit der parlamentarischen Taktik, aber, wie gesagt, widerspricht die Bedingtheit nich dem, daß auch das frühere Verhältnis der revolutionären Marxisten zum Parlamentarismus falsch war.

Zur Beruhigung manches „marxistischen" Gewissens sei noch gesagt, daß die Verwerfung einer Ansicht, die Marx selbst leidenschaftlich vertreten hat, gar nicht den Marxismus berührt, denn Marxismus sind nicht die Resultate der Marxschen Untersuchungen, sondern seine dialektisch-materialistische Methode der Untersuchung. Die Resultate dieser Untersuchungen sind nicht allein in dieser Frage falsch gewesen. Die Aufgabe der Marxisten ist, mit der dialektisch-materialistischen Methode der Untersuchung an Hand von neuen Tatsachen und Erfahrungen immer wieder die alten Resultate der Untersuchung zu überprüfen. Das ist der Geist des Marxismus. Zu denjenigen „Marxisten", die den Marxismus in dem Buchstaben sehen wollen, hat Marx schon gesagt: „Je sais que je ne suis pas Marxist" (ich weiß nur, daß ich kein Marxist bin).

(Fortsetzung folgt.)

Genossen! Sorgt für sofortige und pünktliche Abrechnung, damit das regelmäßige Weitererscheinen der „KAZ" gesichert werden kann.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Koblenz

Der Schwindel als politische „Linie".

Aus Koblenz sendet uns der Genosse Schnitzler folgende Erklärung:

In der „Sozialistischen Republik" erschien dieser Tage ein Artikel von der letzten Erwerbslosenversammlung Thielenschule, und es wird dort die Behauptung aufgestellt, daß Unterschlagungen von Seiten des Erwerbslosenausschusses vorlagen. Das ist eine benso große wie gemeine Schwindelei.

Während der Zeit, als ich im Ausschuß war, sind aus der Erwerbslosenbewegung noch 2500 Mark einkassiert worden. 818 Mark durch Sammlungen und 1480 Mark durch Zeitungen. Dafür sind Quittungen vorhanden. Diese habe ich dem Erwerbslosenausschuß auch zugänglich gemacht bis zu der Sammlung vom Kollegen Schäfer. Dafür habe ich eine Quittung von Haberstock erhalten. Mit der Sammlung Weiß habe ich nichts zu tun, und es entzieht sich auch meiner Kenntnis, weil ich zu der Zeit nicht auf dem Nachweis war.

Aber den Koblenzer Erwerbslosen zur Kenntnis, warum von Seiten der Zeitungen der KPD. solche Behauptungen aufgestellt werden. Nur, weil ich nicht mehr Mitglied der KPD. bin und keine Propaganda mehr für diese Gewerkschaftsfreunde mache, verleumden mich die Nick, Thilen und Valender auf diese schurkische, gemeinsame Weise. Die schönen Nebeneinnahmen, die Valender durch mich hatte — er ließ sich jede Versammlung bezahlen und noch manches mehr (Parteiarbeit, Maifeier usw.) was jetzt weggefallen ist. Darum heute das Gebrüll in dem Käseblatt „Soz. kommen. Darum heute das Gebrüll in dem Käseblatt „Soz. den bezahlten Bonzen und Bönzlein nicht auf ihre große „rrrevolutionäre" Klappe, denn sie reden nur für Geld, um Euch zu benebeln. Wenn sie revolutionär für Euch kämpfen sollen, so reißen sie aus, wie 1923 alle mit Winterich an der Spitze. Nicht die hohlen Phrasen der KPD.-Bonzen befreien Euch, sondern nur die Klassenfront, in der die revolutionären Arbeiter zusammenstehen und selbst kämpfen, bis alle Schmarotzer der kapitalistischen Klique mit ihren Lakaien, Bonzen und Bönzlein zum Teufel gehen.

W. Schnitzler.

Aus der Gosse.

Wir berichteten in der „KAZ" von einem Kurt Schmidt, und auch davon, daß die KAP. das gegen ihn vorliegende Material einer Kommission unterbreitete, die aus Genossen der KAPD., solchen von den „Freien Schwimmern" und aus „politischen" Freunden Schmidt's selbst bestand. Diese Kommission hat getagt und selbst die politischen Freunde Kurt Schmidt's gaben die Erklärung ab, daß Schmidt ein Streber und nicht ganz koscher sei. Dafür sind sämtliche Genossen der KAPD. und F. Sch. Zeugen! Nun sendet diese Opposition ein zwei Spalten langes Geschimpfe in die Welt, in dem sie erklärt, daß die gesamte Kommission aus lauter nicht ernst zu nehmenden Leuten, bestochenen Elementen, und sonstigen moralisch minderwertigen Lumpen bestanden hätte. Zum Ueberfluß kommt dann hinzu ein Bündel ordinärer aus den Fingern gesogener Lügen.

Wir stellen hierzu fest, daß diese gemischte Kommission von der „Opposition" selbst gefordert wurde, und gesprochen hat. Damit ist der Fall für uns erledigt. Persönliche Verleumdungen von Leuten, die dies gewohnheitsmäßig betreiben ernst zu nehmen, hieße, sich mit ihnen auf eine Stufe stellen, und das kann schlechterdings niemanden zugemutet werden.

Proletarisches Notizbuch

Bezirkskonferenz der KAJD. Ruhrgebiet.

Sonntag, den 5. Februar 1928, vorm. 10 Uhr, findet im Lokal Jentsch in Buer, Ecke Essener-Sedanstraße, eine Bezirkskonferenz der KAJ. statt.

Tagesordnung:

1. Politische Lage und unsere Aufgaben als Jugend.
2. Organisatorisches und Berichte der Ortsgruppen.
3. Verschiedenes.

Alle Ortsgruppen müssen unbedingt Delegierte entsenden. Ausweise sind mitzubringen.

KAJD. Ruhrgebiet.

Dortmund.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung der KAP. und KAJ.

Jeden Samstag, abends 8 Uhr Zahlabend der AAU.

Wir ersuchen alle Genossen pünktlich zu erscheinen.

Der Ortsrat.

Weißenfels.

Alle Genossen der AAU. und KAP., sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost", Benditzstraße.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Iszdonat, Berlin O 17.

B2

9. Jahrg. Nr. 9

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 2. Februar 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Thermidor der russischen Revolution

Karl Marx hat in seinem unvergleichlichen „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte" die französ. Revolution und die in ihr wirkenden Kräfte analysiert, die jenes bunte Bild auf die politische Bühne zauberten. „Jede Partei" — schreibt er — „deutete sie in ihrem Sinn. Von dem Proletariat mit den Waffen in der Hand ertrotzt, prägte es ihr seinen Stempel auf und proklamierte sie als soziale Republik." So wurde der allgemeine Inhalt der modernen Revolution angedeutet, der in sonderbarstem Widerspruch stand zu allem, was mit dem vorliegenden Material, mit der erreichten Bildungsstufe der Masse, unter den gegebenen Verhältnissen und Umständen ins Werk gesetzt werden konnte. Andererseits wurde der Anspruch aller übrigen Elemente, die bis zur Februarrevolution mitgewirkt hatten, anerkannt in dem Löwenanteil, den sie von der Regierung erhielten. In keiner Periode finden wir daher ein bunteres Gemisch von Phrasen und tatsächlicher Unsicherheit und Unbeholfenheit, von enthusiastischerem Neuerungsstreben und von gründlicherer Herrschaft der alten Routine, von mehr scheinbarer Harmonie der ganzen Gesellschaft, und von tieferer Entfremdung ihrer Elemente. Während das Pariser Proletariat noch in dem Anblick der großen Perspektive, die sich ihm eröffnet hatte, schwelgte und sich in ernstgemeinte Diskussionen über die sozialen Probleme erging, hatten sich die alten Mächte der Gesellschaft gruppiert, gesammelt, besonnen und fanden eine unerwartete Stütze an der Masse der Nation, den Bauern und Kleinbürgern, die alle auf einmal auf die politische Bühne stürzten, nachdem die Barrieren der Julimonarchie gefallen waren."

Mit diesen Sätzen ist auch die russische Revolution fixiert. Denn es kommt nicht auf die einzelnen Episoden, nicht auf einzelne Kostüme, auch nicht auf die äußeren Merkmale in politischer Hinsicht an, sondern auf die entscheidenden Kräftegruppierungen und die daraus entspringenden Resultate. Diese in der russischen Revolution wirkenden Kräfte hat ein „orthodoxer Leninist", Werner Scholem, in einer Versammlung in Berlin folgendermaßen skizziert: Sieben Millionen Industriearbeiter von einer Gesamtbevölkerung von 130 Millionen Menschen. Die besten des Proletariats sind an der Staatsfutterkrippe korrumpiert, in der Hauptsache die der Jugend. Von der Elite, die im Krieg und Bürgerkrieg umkamen, ganz zu schweigen. Jeder Ansatz zur „Planwirtschaft" ist gescheitert, die Lebensmittelversorgung ist für die Städte gefährdet. Die Verfügungsgewalt über die Getreidevorräte durch die Zentralregierung zwecks zentraler Regelung des Handels durch das Außenhandelsmonopol scheiterte an dem Widerstand der Bauern. Die Ausbeutung in den Betrieben steigt. Der außenpolitische Prestigeverlust der russischen Regierung ist durch die Niederlagen in China, wo die russischen Botschafter geköpft wurden, ohne daß die russische Regierung eine Maßregel dagegen ergreifen konnte, gegenüber den Kolonialvölkern ungeheuer. Revolutionäre Arbeiter in Rußland werden der Arbeitslosigkeit, der Obdachlosigkeit ausgeliefert. Als Trotzki gewaltsam von Truppen der „Roten" Armee verschleppt werden sollte, warfen sich die Arbeiter vor den abfahrenden Zug, — aber man war schon darauf gefaßt und wollte nur ein Exempel statuieren. — Trotzki war gar nicht in diesem Zug, sondern unter strengster Bewachung stillschweigend abtransportiert worden.

Diese Wahrheit ist gewiß nicht neu. Neu an ihr ist, daß sie von „Marxisten" kommt, die davon, von den tatsächlichen Klassenverhältnissen, wie sie nicht nur seit Monaten, sondern immer gelagert waren, bis vor kurzem nichts zu berichten wußten. Auch nicht, daß jene Klassenverhältnisse den Thermidor der russischen Revolution — den Uebergang der Macht der revolutionären Klasse in den Besitz einer, der revolutionären Klasse feindlichen Macht — nicht erst seit gestern, sondern in jenem Zeitpunkt erzwangen, wo eine Regelung der Produktionsverhältnisse gefunden werden mußte. Daß jener ökonomische Sieg der Bauern bereits 1920 bis 1921 erfolgte, und damit die Niederlage des Proletariats.

Was Marx an der französischen Revolution nicht analysieren konnte, das war der Versuch der französischen Revolution sowohl, als auch der Pariser Kommune, ihre eigene innere Verfaulung theoretisch zu verhimmeln. Ihre Niederlage war die Niederlage in allen Ehren, offen sichtbar und für jedermann eindeutig. Ihre Träger wurden nicht korrumpiert, sondern besiegt.

Die russische Revolution schuf sich diese „Rechtfertigung". Die Theorie ihrer eigenen inneren Verfaulung ist der Leninismus, ein System, mit dessen Hilfe dem Proletariat jahrelang nach dem Thermidor noch vorgetäuscht wurde, was längst nicht mehr war. Noch mehr. Die konterrevolutionäre Klasse in Rußland, das Bauerntum, steuerte schon jahrelang seinen konterrevolutionären Kurs, innen- und außenpolitisch, und der Leninismus ward zum Mittel, die Bundesbrüderschaft der Bauernklasse mit dem Proletariat aufrechtzuerhalten auch in dem Kurs, der auf die Liquidierung der Revolution gerichtet war. Das war so lange möglich, als die Klassengegensätze nicht in völliger Unversöhnlichkeit hervortraten. Aber jetzten Endes entscheiden auch hier keine Thesen, sondern die reale Wirklichkeit. Eine Partei von Arbeitern und Bauern ist eine Partei von Revolution und Konterrevolution. Eine erzwungene „Einheit" bedeutet den offenen Terror gegen das Proletariat vermittels der Partei, die vorgibt, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu vertreten. Die Spaltung der bolschewistischen Partei bedeutet die Abschüttelung einer politischen Unzucht, und diese Abschüttelung durch das klassenbewußte Proletariat bedeutet den endgültigen Bankrott des Leninismus.

Rosa Luxemburg — die nach den „orthodoxen Leninisten" um Urbahns-Ruth Fischer gegenüber Lenin angeblich „unrecht" behalten haben soll — hat schon 1917 nachgewiesen, daß durch die Besitzergreifung des Landes durch die Bauern und die Aufteilung des Großgrundbesitzes die Frage des Sozialismus in Rußland zu einer Kampffrage zwischen dem städtischen Proletariat und den nun zu Millionen zählenden kleinen und mittleren Bauern geworden sei, die ihr neuerworbenes Eigentum nun mit Haaren und Nägeln verteidigen werden. In ihren Fußtapfen wandeln heute — nicht aus Ueberzeugung, sondern aus demagogischen Motiven — jene Weltverbesserer, die mit der Gründung einer zweiten Partei das Bündnis zwischen dem Proletariat und den Bauern zerstören. Wenn die Sinowjew und Kamenew auch endgültig vor dem Proletariat gerichtet sind: dem Leninismus sind sie treu geblieben, und wenn die Anhänger der Fraktion der doppelten Buchführung einer kritischen Untersuchung fähig wären, würden sie die Demagogie ihrer „Führer" leicht durchschauen und feststellen können, daß diese sich eigentlich mit Federn schmücken, die, wären sie echt, wertlos wären; da sie jedoch außerdem noch unecht sind, ihre Träger der Lächerlichkeit preisgeben würden.

Denn mit der Forderung einer zweiten Partei wird der Weg des Kampfes zwischen Industrieproletariat und Landproletariat gegen das besitzende Bauerntum eröffnet. Wohl versucht die Fraktion der „Mitte" auch hier, die „Schuld" den „Stalinisten" zuzuschreiben, indem sie erklärt, daß man ihre „Vorschläge" nicht berücksichtige. Worin bestehen diese Vorschläge? Sie bestehen darin, bei dem Drittel der Bauernwirtschaften, die für die Ablieferung von Getreide in Frage kommen *) (die anderen zwei Drittel produzieren nur für eigenen Bedarf), Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Aber es hat sich schon einmal gezeigt, daß die Bauern mit Sabotage antworten, wenn sie an der Bereicherung gestört werden und die

*) „Plattform der russischen Opposition" und „Volkswille" vom 21. Januar.

Renegaten aus Prinzip

Die neueste Kapitulation der „linken" Stalinisten

Motto: Es lebe die Wurst — Es lebe der Hanswurst!

Sinowjew, Kamenew und „Genossen" haben an das Zentralkomitee der Stalinregierung — wieder einmal — eine Kapitulationserklärung geschickt, in der es heißt:

„Wir trennten uns von der trotzkistischen Gruppe in der Frage der vollständigen tatsächlichen Unterordnung unter die Beschlüsse des 15. Parteitages. Entweder Unterordnung unter alle Forderungen des Parteitages und fester Entschluß, mit der Parteimehrheit zusammenzuarbeiten, oder Einschlagen des Weges der zweiten Partei — so und nicht anders steht die Frage. Wer dies auch heute, nach dem Parteitag, nicht sieht, ist zu immer größeren Fehlern verurteilt.

Unsere entschiedene Weigerung, den Weg der zweiten Partei zu gehen, kam unseren ehemaligen Blockgenossen nicht unerwartet. **Bereits am 15. August 1927**, nach der Beendigung des August-Plenums des ZK. der KPSU., d. h. also in einem Zeitpunkt, den niemand als einen Zeitpunkt höchsten Druckes gegen die Opposition bezeichnen kann, da das Plenum Trotzki und Sinowjew im ZK. belassen hatte, richteten wir **an Trotzki einen Brief**, in dem wir uns **gegen den Weg der zweiten Partei aussprachen**, da wir ihn als verderblich erachteten. Heute ist dem hinzuzufügen, daß der ganze zweijährige Fraktionskampf unwiderleglich beweist, daß nicht nur der Weg der zweiten Partei verderblich ist, **sondern daß auch die längere Existenz einer ausgebildeten Fraktion**, die sich der Partei in entscheidenden Fragen entgegenstellt, den Gesetzen der Verwirklichung der proletarischen Diktatur widerspricht, und daß infolgedessen die Lebensinteressen der proletarischen Diktatur zweifellos den Verzicht auf einen solchen Kampf verlangen. Die veröffentlichten Dokumente der trotzkistischen Zentrale fußen ganz und gar auf dem Gedanken der Weiterführung des Fraktionskampfes. Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß nach zwei Jahren erbitterten Fraktionskampfes, nachdem dieser Kampf auf die Straße getragen wurde und zum Beschluß des 15. Parteitages, durch den die ganze Opposition aus der Partei ausgeschlossen wurde, führte, **die Fortsetzung der Fraktionsarbeit politisch der Bildung einer zweiten Partei gleichkommt. Wir kapitulierten vor der Partei und erachteten dies als den einzig richtigen Ausweg aus dem langen schweren Kampfe.**

Die Kraft und die Bedeutung der Sowjetunion für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt besteht darin, daß sie die Diktatur des Proletariats verwirklicht, den Sozialismus aufbaut und die Triebkraft der Weltrevolution ist. Darüber zu schweigen und sich auf den Hinweis zu beschränken, daß „der Sowjetstaat den Arbeitern und Bauern mehr gibt, als es bürgerliche Staaten getan hätten", bedeutet im besten Falle ein Abrutschen des Bolschewismus zum Standpunkte des „linken" Tradeunionismus", da nur die Purcells imstande sind, an die Sowjetunion diesen „einfachen" Maßstab anzulegen. Würden europäische Kommunisten diesen Ratschlag wirklich beherzigen, so würden sie auf die Stufe wohlwollender „Gäste" einer die Sowjetunion besuchenden sozialdemokratischen oder genossenschaftlichen Delegation herabsinken. Was gibt es „Linkes" an diesem Standpunkte? Ebenso falsch wie schädlich ist die von den Verfassern der Direktiven gegebene Charakteristik der Macht in der Sowjetunion, worin behauptet wird, daß die Partei und der Staat in der Sowjetunion von kleinbürgerlichen Elementen geleitet werden, die sich notgedrungen auf die Arbeiterklasse stützen müssen. Hier gleiten die Verfasser der Direktiven offenkundig zum Gedanken ab, es gäbe in der Sowjetunion keine Diktatur des Proletariats mehr. Dies ist im Grunde genommen die Formel eines vollendeten Thermidors, das heißt, eine solche geschichtliche und politische Lüge, daß die Verfasser des Dokuments von ihr angeblich selbst nichts wissen wollen; sie werden aber zu ihr durch die unvermeidliche Logik ihres Standpunktes gedrängt. Die Arbeit der Opposition in den Kommunistischen Parteien wird von den Trotzkisten analog der Arbeit der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften behandelt.

Aus unseren Beziehungen zur Gruppe Maslow-Ruth Fischer überzeugten wir uns, daß Maslow und Ruth Fischer persönlich mit aller Bestimmtheit den Kurs auf eine zweite deutsche Partei halten und dabei vor nichts zurückschrecken. **Maslow und Ruth Fischer** verdienen eine **entschiedene Verurteilung.** Der mit Arbeitern in engerer Fühlung stehende bessere Teil der Maslow-Gruppe lehnt sich entschieden gegen den Gedanken einer zweiten Partei auf und sucht den Weg zurück in die Komintern.

Sinowjew und Kamenew erklären schließlich, daß sie gegenwärtig **nicht mehr die Plattform** des Oppositionsblockes, **„dieses Dokument höchster Verschärfung des Fraktionskampfes", vertreten können**, und daß für sie in ihrer weiteren Arbeit die Beschlüsse des 15. Parteitages maßgebend sein werden.

. . . Wir wiederholen jedem Oppositionellen gegenüber, heißt es zum Schluß: Politischer Mut und politische Konsequenz bestehen nicht darin, hartnäckig den Weg weiterzugehen, der sie von der KPSU. und von der Komintern immer weiter abbringt. Man muß sich entschließen, umzukehren. Wir sind überzeugt, daß der überwiegende Teil der ehemaligen Opposition, daß ihr ganzer Leningrader Teil und ihr ganzer proletarischer Kern den Weg der Versöhnung mit der Partei gehen wird. Die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten der Sowjetunion sind bekannt. Die Mobilisierung der öffentlichen Meinung der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion geht mit Volldampf vor sich. Die Rolle der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Presse ist dabei besonders groß. Das Haupthindernis für die Verwirklichung der imperialistischen Pläne gegen die Sowjetunion ist der Widerstand der Arbeitermassen. In einem solchen Augenblicke halten wir es für unsere Pflicht, die kommunistischen Arbeiter vor dieser (der trotzkistischen) Kampagne, deren Früchte nur die Bourgeoisie ernten wird, mit aller Entschiedenheit zu warnen."

Dieser „taktische Schritt", — wie diese Art Kapitulationserklärungen in der Terminologie der deutschen Sinowjewisten stets gerechtfertigt wurden, — kam natürlich nicht überraschend. Ueberraschen könnte bei den „richtigen" Leninisten höchstenfalls noch ein letzter Rest von Rückgrat oder politischer Ehrlichkeit. Nach der Beteuerung der „vollkommenen ideologischen und organisatorischen Abrüstung" auf dem 15. Parteitag kann die Erklärung, daß alles, was sie sagten unverantwortliches Zeug gewesen sei, nur als die Fortsetzung ihrer „Linie" aufgefaßt werden. Diese Leute, die selbst ein so vernichtendes Urteil über ihre eigenen politischen Dokumente abgeben, sich selbst als die größten Trottel der Weltgeschichte bezeichnen, können natürlich erwarten, daß ihr neuestes „Dokument" mit der entsprechenden Hochachtung genossen wird. Ihre neueste „Wahrheit" über den „Arbeiterstaat" kann wohl überhaupt nur von den einer immer schärfer werdenden Ausbeutung unterworfenen russischen Industriearbeitern richtig gewürdigt werden. Es geht nicht mehr um Thesen und Gegenthesen in Rußland. Es geht um die nackte brutale Niederhaltung des Proletariats durch die Bourgeoisie und ihren Stalin. Gewalt steht gegen Gewalt. Für das Proletariat geht es um das nackte Leben, für es steht der Kampf auf der Tagesordnung.

Für die Sinowjew und Genossen nicht. Für sie geht es um die Wurst im Königreich Stalins. „Es lebe der Leninismus" — das heißt für sie: es lebe die Wurst! Aber die Antwort des revolutionären Proletariats an die russischen und deutschen Sinowjewisten und Stalinisten kann nicht sein: Es leben die Hanswürste!, sondern: „Es lebe der Klassenkampf, es lebe der revolutionäre Marxismus!"

Hungersnot nicht nur prophezeien, sondern durch Sabotage der Produktion praktisch herbeiführen. Aber ganz davon abgesehen, würden durch Zwangsmaßnahmen nicht nur die Kulaken getroffen, sondern auch die Landarbeiter, die auf Lohnarbeit bei den Kulaken angewiesen sind. Man müßte durch gewaltsamen Eingriff in die Produktion auf dem Lande außerdem die Kaufkraft nicht nur der reichen Bauern, die Abnehmer für Maschinen und sonstige Industriewaren sind, zerstören, sondern auch die Kaufkraft, die sich in den Löhnen der Landarbeiter ausdrückt. Außerdem würden diese Kulaken, selbst wenn es gelänge, durch eine einmalige Beschlagnahme von Getreide dafür Maschinen einzuführen, diese Maschinen nicht kaufen, weil das Interesse an der Produktion solange fehlt, solange sie keine Garantie für die freie Verfügungsgewalt ihrer Produkte haben. Die Arbeitslosigkeit auf dem Lande würde eine noch stärkere, der Zustrom der Landarbeiter in die Städte noch gewaltiger werden, die Nachfrage nach Industrieprodukten müßte fallen und so auch die Krise in der Industrie verschärft werden. Es ist charakteristisch, daß die Demagogen um Maslow nicht die Parole ausgeben: Sozialisierung der Kulakenwirtschaften! Das wäre die einzige konsequente Politik im Sinne des Proletariats. Aber sie wissen selbst, daß sich dagegen auch die kleinen und kleinsten Bauern auflehnen würden, und — daß eben dieses Experiment infolge der Unreife der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse schon einmal gescheitert ist und infolgedessen mit Zustimmung der „Linken" der Weg der Nep beschritten wurde. Wenn Stalin sich gegen diese Utopien wehrt, so hat er vom Standpunkt der realen Möglichkeiten vollkommen recht. Die Frage ist lediglich die, daß es nicht Aufgabe des Proletariats ist, sich als Klasse in den Dienst einer solchen kapitalistischen Entwicklung zu stellen, sondern aus der Einsicht der Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung der Wille geboren werden muß, den Kampf aufzunehmen gegen die immer schärfer werdende Ausbeutung, um in diesem Kampfe die Kräfte zu vereinigen und zu stärken, um letzten Endes den Kapitalismus selbst zu überwinden.

Der revolutionäre Marxismus ist für das Proletariat die Methode zur Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse, um aus der gegebenen Wirklichkeit seine Aufgaben als Klasse zu erkennen und die Taktik daraus abzuleiten, diese Aufgaben zu lösen. Der Leninismus ist die Methode, das Proletariat über diese Wirklichkeit hinwegzutäuschen, um mit ihm manövrieren zu können. Der Leninismus schließt die geistige Abhängigkeit und den blinden Kadavergehorsam zu den Führern ein. Das internationale Proletariat wurde durch den Leninismus mit Blindheit geschlagen, wurde über den Thermidor der russischen Revolution mit blinden Augen hinweggeführt, und alle Kämpfe innerhalb der 3. Internationale waren in Wirklichkeit gar keine Kämpfe um „rechts" oder „links" im Sinne der proletarischen Orientierung, sondern diese Drapierung mit revolutionär-seinsollenden Phrasen war nur die Verschleierung von Cliqueninteressen der Führer untereinander. Jahrelang hat die Fraktion der doppelten Buchführung gegen den „Trotzkismus" gekämpft, nicht aus Ueberzeugung, sondern die Formel der „rechten Abweichung" wurde gewählt, um die Arbeiter dafür zu gewinnen. Die Arbeiter, die „gegen den Trotzkismus" einstimmige Resolutionen annahmen, wußten den Teufel, was denn eigentlich „Trotzkismus" ist. Zu diesem Zwecke verbanden sich die „linken" Leninisten selbst mit einem Radek, der nachdem wiederum gemeinsam mit Trotzy und den „Linken" gegen den Stalinismus kämpfte und von dem es merkwürdig still geworden ist.

Heute wird der Kampf jedoch nicht mehr entschieden durch die Stärke der Fraktionen, sondern durch die ausreifenden Klassengegensätze in Rußland selbst. Die Arbeiter werden heute durch die nicht mehr zu verschleiernde Wirklichkeit zur Stellungnahme gezwungen. Das scheinen auch die „Linken" begriffen zu haben, und wenn sie heute die „Wahrheit" über Rußland sagen, so haben sie mit dem Aussprechen dieser Wahrheit genau dieselben schmutzigen Geschäfte im Auge, als mit der Verschleierung der Wahrheit, die sie jahrelang betrieben. Aber darauf kommt es nicht an. Es kommt darauf an, ob die hinter diesen „Linken" stehenden Arbeiter die Kraft aufbringen, mit dem „Leninismus" an sich fertig zu werden, sonst werden sie das Opfer eines deutschen Leninismus werden, wie sie es in der russischen Frage geworden sind. Sie dürfen nicht vergessen, daß man sie auch mit verbundenen Augen über die Ursachen des Bankrotts der alten Arbeiterbewegung hinwegführte, weil dies im Interesse der russischen Politik lag. Zu dem Erwachen von dem Traum in Rußland muß kommen das Erwachen in all den Fragen des Klassenkampfes, die durch die Autorität Rußlands im Sinne Rußlands und im Gegensatz zu den Bedingungen des modernen Klassenkampfes „gelöst" wurden. Wenn die Sinowjew als konsequente Leninisten zum tausendsten Male sich selbst und das Proletariat bespucken, wenn Trotzky und die seinen in der Terminologie eines Andreas Hofer von der Verbannung rufen: „Leb' wohl, mein Land — —" und als Revolutionierer der Nep vor der Gründung einer zweiten Partei warnen, so darf das revolutionäre Proletariat keine Sentimentalität hindern, die unerbittlichen Konsequenzen zu ziehen. Das Proletariat verzichtet auf die Heldenrolle dessen, der für sein kapitalistisches Vaterland stirbt, — es will leben um es zu beseitigen.

Politische Rundschau

Wildgewordenes Mittelalter

München, 29. Januar (Telunion). „Im Zirkus Krone fand heute mittag unter starker Beteiligung eine Reichsgründungsfeier der Vaterländischen Verbände Bayerns statt. Es waren u. a. erschienen: die Minister Gürtner und Fehr, Staatssekretär Freiherr von Welser, Landtagspräsident Dr. Königbauer, Prinz Alfons als Vertreter des Hauses Wittelsbach, Oberbürgermeister Scharnagl, sowie die Rektoren der Münchner Universität und der Technischen Hochschule. Universitätsprofessor Landtagsabgeordneter Dr. Lent führte in seinem Vortrage aus, eine Lüge sei es, daß das deutsche Volk und die deutsche Regierung den Weltkrieg gewollt und vorbereitet habe. Wir seien die einzigen gewesen, die in den Krieg gezogen seien mit keinem anderen Ziel, als den heimatlichen Boden vor feindlichen Einfällen zu bewahren. **Bayern lehne den Einheitsstaat ab** und fordere den bundesstaatlichen Aufbau des Reiches. Die Rechte Bayerns müßten gegen jede Abänderung gesichert werden durch Verfassung und Vertrag. Gerade die Zukunft der deutschen Länder erfordere ihre Einhaltung, weil die Zentralisierung die Kräfte unseres Volkes nicht steigere, sondern schwäche. **Das übermächtige Berlin sei die große Einfallspforte für alle internationalen Strömungen, die sich von dort aus über ganz Deutschland ergössen.**"

Ob gegen diese internationale Seuche eine Grenze auf der Landkarte genügt, möchten wir bezweifeln. Es ist allen Ernstes zu erwägen, ob diese „Kulturen" nicht doch zu dem Mittel der chinesischen Mauer greifen sollen. A Sau und a Bier und a Mensch genügen diesen Kulturträgern, um 1000 Jahre alt zu werden. Man sieht, sie sind sogar noch Minister dabei.

Verbot der Streikunterstützung in der sächsischen Hüttenindustrie

Dresden, 30. Januar.

Auf Antrag des Verbandes der Metallindustriellen hat das Dresdener Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung erlassen, **durch die den Gewerkschaften verboten wird, den streikenden bzw. ausgesperrten Arbeitern in der sächsischen Hüttenindustrie Streikunterstützung zu zahlen.** Am kommenden Donnerstag steht vor dem Arbeitsgericht der erste Termin an. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat gegen die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Einspruch erhoben.

Wenn die Proleten so lange warten wollen, bis die Gewerkschaftsbonzen mit Hilfe des kapitalistischen Klassengerichts die Kapitalisten besiegt haben, können sie lange warten. Sollten diese Beispiele nicht deutlich genug zeigen, daß jeder Kampf zur Komödie wird, solange die Proleten sich freiwillig der Schlichtungsjustiz unterwerfen, an deren Ausarbeitung ihre „bewährten Führer" mitverantwortlich sind? Dieser Geißel können die Proletarier jedoch nur entrinnen, wenn sie die Organisationen verlassen, die sich freiwillig gegenüber den Gesetzen der Ausbeutungsordnung verpflichten und in den Betriebsorganisationen sich die Waffen schaffen, mit denen sie dem Kapital entgegentreten können, ohne Gefahr zu laufen, mit Haut und Haaren verkauft zu werden.

Die zufriedenen Sozialpatrioten

Im Reichstag war wieder ein „Großkampftag". Stresemann hat die alte Leier heruntergeleiert und sich über die Wahldemagogie der Deutschnationalen aufgeregt, wobei ihm Breitscheid wie folgt beisprang:

Mit der Führung der Außenpolitik sind meine Parteifreunde einverstanden. Die Erfüllungspolitik hat uns allerdings zwangsweise auf einen Leidensweg geführt. Aber die Deutschnationalen haben mit dazu beigetragen, daß die Dawes-Lasten uns auferlegt wurden. Wir mußten unsere Verpflichtungen erfüllen, solange wir dazu imstande sind, um den guten Willen zu zeigen, und um durch eine solche Politik den Trägern der Vernunft auf der anderen Seite Gelegenheit zu wirksamem Handeln zu geben. Man sagt, in der auswärtigen Politik könne sich leicht eine nationale Einheitsfront bilden. Wir glauben nicht an eine solche Volksgemeinschaft. **In gewissen praktischen Fragen können wir allerdings übereinstimmen.** Man wird uns Sozialdemokraten bei allen Maßnahmen als Helfer finden, die auf eine Sicherung des Friedens hinauslaufen. **Darum unterstützen wir auch die gegenwärtige Außenpolitik.**"

Eine deutlichere Verbeugung vor der Deutschen Volkspartei ist kaum denkbar. Die Große Koalition ist ausgemachte Sache, da es doch die „Reaktion", die Deutschnationalen, zu „schlagen" gilt. Je näher der Wahltermin rückt, desto deutlicher werden die Anspielungen, wie die „Abrechnung", wirklich aussehen wird. Das Proletariat wird also nach seinem „Sieg" genau so regiert werden, wie vordem; es wird nur von anderen regiert, die heute schon einverstanden sind. Bis es begreift, daß für die Arbeiterklasse der Kampf um den Frieden sowohl als Kampf um sein Ziel etwas anderes ist, als die Vorstellung von „Sozialismus" in den Köpfen der Kapitalslakaien.

Eine jüdische „Sowjet"republik

Die „Welt am Montag" berichtet: „Zur Zeit findet in Minsk ein Kongreß jüdischer Landwirte aus ganz Rußland statt. Die Sowjetregierung in Moskau hat der Versammlung einen großangelegten Plan zur Gründung einer **jüdischen Sowjetrepublik** unterbreitet und ungeheure Terrains zur Verfügung gestellt. Wie die Minsker Zeitung „Sawietskaja Bialorus" berichtet, handelt es sich um Ländereien im Bezirk Birsk—Bajadansk im fernen Osten. Diese Landstriche liegen südlich des Amazonenflusses (?) und umfassen 1 Million Hektar. Die sehr dünn gesäte Einwohnerzahl beträgt 27 000 Köpfe, meist nomadisierte Ureinwohner. Die Sowjets werden 1 Million Juden dort ansiedeln. Der Vorschlag wurde mit Enthusiasmus akzeptiert."

Der „Arbeiterstaat" übertrifft an Eifer bezüglich der Pflege der „nationalen und Stammeseigenschaften" tatsächlich noch die Hindenburg-Rumpelkammer.

Piscators „linke Abweichung"

Er stellte Trotzky in die Ecke.

Piskator hat in der von ihm inszenierten politischen Revue: „Rasputin, die Romanows und das Volk, das gegen sie aufstand", eine „linke Abweichung" korrigiert. In dem bisher aufgeführten Stück trat in den Episoden aus der russischen Novemberrevolution neben Lenin auch Trotzki auf. Gleich Lenin wurde auch Trotzki auf der Piskator-Bühne jeden Abend demonstrativ gefeiert. Das war den politischen Zensoren der Piskator-Bühne, in der KPD.-Zentrale, fatal. Sie setzten bei Piskator durch, daß der Bühnen-Trotzki zunächst aus dem Rampenlicht an eine verdunkelte Stelle kam; schließlich wurde diese Rolle ganz gestrichen. Wir haben schon in unserer Besprechung des erwähnten Stückes darauf hingewiesen, daß hier vielleicht bald etwas passieren kann. Man kennt doch die Hintermänner der Piskator-Bühne. Daß dies so prompt und so plump geschah, ist lediglich ein Beweis, daß die Kulturochsen in Moskau eben glauben, dem Proletariat alles bieten zu können. Daß es überhaupt geschah, ist ein Beweis, daß der politische Untergrund der Piskator-Bühne nicht der Kampf des Proletariats ist, sondern die leninistische Kastrierung des Proletariats.

Aus dem Tagebuch eines „Chamberlain-Agenten"

Warum sind wir Kommunisten? — Weil „Sowjet"rußland gar nichts gegen den Kommunismus beweist.

Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Lenin: Die Arbeiter und Bauern. Stalin: Die Bauern.

•

Ein gewisser Unterschied besteht ja doch zwischen ihnen: Die SPD. vertritt den deutschen Kapitalismus und die KPD. den russischen.

•

Die Unterdrückung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterparteien selbst sein.

•

Je ärger irgend eine Einrichtung ist, um so mehr Heiligkeit hat sie nötig.

Idealistische und materialistische Geschichtsauffassung

Von Paul Lafargue.

(Fortsetzung.)

Indem das Privateigentum den Unterschied zwischen dem Mein und Dein schuf, ließ es nicht bloß die Idee der Gerechtigkeit in das Hirn des Menschen einziehen, sondern auch in sein Herz Gefühle, die so feste Wurzel schlugen, daß wir sie für angeboren halten, und daß ich Sie durch ihre Nennung entrüsten werde. Es ist über allen Zweifel erwiesen, daß der Mensch Eifersucht und Vaterliebe nicht kennt, so lange er in einer kommunistischen Gesellschaft lebt. Männer und Frauen leben da in der Vielehe: die Frau nimmt soviel Gatten, als ihr beliebt, und der Mann soviel Frauen, als er kann. Trotzdem erzählen uns die Reisenden, daß diese braven Leute zufriedener und einträchtiger leben, als die Mitglieder der langweiligen und egoistischen monogamischen Familie. Allein sobald das Privateigentum entsteht und sich festsetzt, kauft der Mann seine Frau und sichert sich den möglichst alleinigen Genuß seines Zuchttieres. Die Eifersucht ist im Grunde nichts, als ein umgewandeltes Eigentumsgefühl. Der Vater beginnt erst sich um sein Kind zu kümmern, wenn er ihm Privatbesitz zu vererben hat.

Die Ideen der Gerechtigkeit, die das Hirn der zivilisierten Menschen erfüllen und die sich auf das Mein und Dein gründen, werden wie ein böser Spuk verschwinden, sobald das gesellschaftliche Eigentum an Stelle des Privatbesitzes tritt.

Jaurès hat behauptet, daß die Ideen der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit durch ihren Gegensatz zu dem sozialen Milieu die geschichtliche Entwicklung der Menschheit bestimmen. Allein wenn seine Behauptung richtig wäre, so könnte überhaupt nicht von einer geschichtlichen Entwicklung die Rede sein. Denn sonst hätte der Mensch nie das primitive kommunistische Milieu aufgegeben, in welchem die Idee der Gerechtigkeit nicht vorhanden ist und nicht vorhanden sein kann, und wo die Gefühle der Brüderlichkeit sich freier betätigen konnten, als in irgend einer anderen Gesellschaftsform. Anstatt daß die Idee der Gerechtigkeit in Gegensatz zu den Eigentümlichkeiten eines gegebenen sozialen Milieus tritt, paßt sie sich ihnen im Gegenteil an.

Die Idealisten, ganz besonders aber die eingefleischten Positivisten, behaupten, daß die Idee der Gerechtigkeit und daß die Moral in stetem Fortschritte begriffen sind. Diese Theorie lächelt gar holdselig die Herern Kapitalisten an, welche die Kniffe und Pfiffe, die sie in Industrie und Handel anzuwenden pflegen, zu Heldentaten der Tugend stempeln. Nichtsdestoweniger hält es schwer, die fortschreitende Entwicklung der Gerechtigkeit und der Moral zu beweisen, welche den Auguste Comte, Herbert Spencer und anderen tiefgründigen Bourgeoisphilosophen von gleicher scholastischen Kurzsichtigkeit so sehr ans Herz gewachsen ist.

Zahlreiche Tatsachen sind nämlich so frei, dieser den Kapitalisten angenehmen Theorie zu widersprechen. In den Gesellschaften, die nicht auf eine Warenproduktion gegründet sind, wo man nicht zum Verkauf, sondern für den häuslichen Verbrauch produziert oder die Sklaven produzieren läßt, gilt der Handel für etwas sehr Verächtliches. „Was kann Ehrenwertes aus einem Laden kommen?" sagte Cicero. Nur verachtete und verächtliche Leute handeln in solchen Gesellschaften mit Geld. Für geliehenes Geld Zins nehmen, ist gleichbedeutend mit einem Diebstahl, den die Moral und die Religionen verurteilen. Jehova selbst verbot den Juden, gegen Zins zu leihen, er gestattete es nur gegenüber dem Fremdling, welcher der Feind des auserwählten Volkes ist. Die katholische Kirche, die heute ganz anderes denkt, schleuderte ehemals ihre besten Flüche gegen das Zinsnehmen. Die früher geltende Moral hat sich in ihr Gegenteil verwandelt, sobald die Bourgeoisie die gesellschaftlich herrschende Klasse wird. Das Leihen gegen Zins wird sakrosankt. Eines der ersten Gesetze nach dem Ausbruch der Revolution im Jahre 1789 proklamierte die Gesetzlichkeit des Zinses, der bis dahin nur geduldet wurde. Das große Buch der Staatsschuld wird das goldene Buch, die Bibel, das Buch der Bücher der Bourgeoisie. Das Geschäft des Geldverleihers, des Bankiers wird ebenso ehrenwert als geehrt; von seinen Renten leben, d. h. vom Zins des Geldes, ist das Ziel des höchsten Ehrgeizes aller Glieder der bürgerlichen Gesellschaft. Das Leihen gegen Zins wäre also eine höhere Form der Moral, wenn nicht die allerhöchste nach Comte, Spencer und anderern Verehrern der „vervollkommnungsfähigen Vervollkommnungsfähigkeit" der Gerechtigkeit und der Moral. Nichts natürlicher, als daß Kapitalisten, welche vom Schacher mit Geld leben, in dieser Frage die Ansicht ihrer erstaunlich oberflächlichen Zeitphilosophen teilen. Wir Sozialisten jedoch, welche die kapitalistische Ausbeutung aus der Welt schaffen wollen, wir anerkennen unumwunden, daß den Feudalherren und den Patriziern des griechisch-römischen Altertums eine höhere Auffassung der Moral eigentümlich war, wenn sie die Leiher gegen Zins als Diebe behandelten.

Wenn die Gerechtigkeit und Moral sich nicht fortschreitend entwickeln, so verändern sie sich doch von einer Geschichtsepoche zur anderen, um sich den Interessen und Bedürfnissen der herrschenden Klasse anzupassen. „Was beweist die Geschichte der Ideen anderes", sagen Marx und Engels 1847 im „Kommunistischen Manifest", „als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet? Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse."

Die Gerechtigkeit und die Moral, welche sich nach den Bedürfnissen und Interessen der herrschenden Klasse verändern, werden von diesen der unterdrückten Klasse aufgezwungen, welche sie schließlich annimmt, obgleich sie im Gegensatz zu ihren Bedürfnissen und Interessen stehen.

Wer von uns hat nicht Arbeiter sagen hören: „Der Unternehmer muß eben auch von seinem Geld Profit haben". Alle Hand- und Kopfarbeiter denken ähnlich. Der Arbeiter, das Opfer des Profits, erkennt dessen Legitimität an und heiligt die kapitalistische Ausbeutung, die ihn täglich eines Teils des von ihm geschaffenen Wertes beraubt.

Die unterdrückte Klasse formuliert anfangs nicht ihre Forderungen im Namen einer höheren Gerechtigkeit und Moral, sondern im Namen der herrschenden Anschauungen davon. Die Rechte, welche sie fordert, sind jene, die ihnen die den Interessen der unterdrückenden Klasse angepaßte Gerechtigkeit zuspricht. Dafür ein geschichtliches Beispiel.

Man sagt, daß in den Kriegerstaaten die Arbeit verachtet ist. Das ist nicht ganz richtig. Die Helden der Ilias hüteten ihre Herden und ackerten und pflügten ihre Ländereien. Sie rühmten sich oft, eine Furche als vollständig gerade Linie ziehen zu können. Die Patrizier Roms und die Eupatriden Griechenlands legten Schwert und Schild nieder, um hinter dem Pfluge einherzugehen. Die Feudalherren des Mittelalters erlernten das Ritterhandwerk, indem sie als Pagen und Knappen in einer vornehmen Familie dienten. Was man in jenen Tagen verachtete, war der Verkauf der Arbeitskraft. Der Mann, der seine Arbeitskraft verkaufte, der einen Lohn nahm, erniedrigte sich damit zu einem Sklaven, er verkaufte sich als Sklave, er ging der Würde eines freien Mannes verlustig. Diese erniedrigende Handlung wird tagtäglich von den freien Menschen der kapitalistischen Gesellschaft begangen. Die Proletarier der Hand- und der Kopfarbeit haben nur eine Sorge: sich zu verkaufen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, den Gedanken, dieses Allerheiligste, zu verkaufen. Zenxis verschenkte seine Gemälde, weil, wie er sagte, alles Gold des persischen Königs nicht hinreichte, sie zu bezahlen. Unsere Meissoniers lassen ihre Gemälde mit Goldstücken von Schweinehändlern aus Chicago oder irgend einem Mackey bedecken, welche die kostbare Leinwand vielleicht in ihr Watercloset hängen.

Der Proletarier hat nur ein Ideal und kann nur ein Ideal haben: seine Arbeitskraft so gut als möglich zu verkaufen. „Einen anständigen Lohn für einen anständigen Arbeitstag", so lautet der Wahlspruch der englischen Trade Unions und der Arbeiter der ganzen Welt. Der Proletarier beklagt sich nur, wenn er seine Arbeit (richtiger: Arbeitskraft) nicht zu ihrem gerechten Preis verkaufen kann. Und nur wenn die Arbeiterklasse nicht die erniedrigende und schmachvolle Gerechtigkeit der kapitalistischen Klasse erlangen kann, beginnt sie an Empörung zu denken.

(Fortsetzung folgt.)

Nichts haben ist die größte Schande, da muß man sich in einem tiefen Wald verstecken, damit einem niemand etwas zu geben braucht.

•

Der Bolschewismus ist eine höhere Form des Faschismus, eine Methode, das Proletariat mit kommunistischen Phrasen niederzudreschen.

•

Um die guten Beziehungen, die zwischen dem Arbeiterstaat und den Geschäftemachern der ganzen Welt bestehen, zu rechtfertigen, und um gleichzeitig die europäische Revolution überflüssig zu machen, hat Bucharin eine neue Theorie erfunden, wonach die europäische Wirtschaft sich in der Richtung zum Staatskapitalismus entwickelt. Das ist nur für's erste. Schließlich wird er sagen müssen, daß in der ganzen Welt der Sozialismus aufgebaut wird.

Rationalisierung in England

(Schluß.)

Wir wollen den streitbaren Baumwollspinnern zugute halten, daß Senkung, Kürzung des Lohnes stets bar auf den Profit aufgeschlagen werden kann, aber die ganze Kurzsichtigkeit dieser Unternehmer wird durch den Ausspruch Mr. Ellingers, der auch als der beste Kenner der Verhältnisse der Textilindustrie gilt, dargetan: „Wenn Lancashire sich nicht entschließt, das Bultgeschäft zu organisieren (d. h. Massenartikel und Massenverkauf) ähnlich wie es die Japaner tun, muß er zufrieden sein mit nur einer Frange (Spitze) des Luxusteils dieser Industrie!"

Eh wir nun dazu übergehen, die ersten Versuche in dem anderen Pol der englischen Wirtschaft, der Kohlenindustrie, zum Zusammenschluß zu schildern, sei noch wiedergegeben, was der eingangs erwähnte Artikel über „Combiner and Trust" aus dem Buche des Professors Levog, „Monopole, Cartalls, Trusts in British-Industrie" zitierte: England soll zu Trusts und Monopolen greifen, sie nicht als unenglisch bezeichnen. Solche Organisation der Wirtschaft bei anderen Nationen nicht als gegen sich gerichtet, nicht als feindliche Maßnahme betrachten. Nur indem die besten Betriebe allein arbeiten lassen, kann man die Betriebskosten und so die Preise erniedrigen, werden wir England wieder konkurrenzfähig machen und die kranke Weltwirtschaft heilen."

Zwei Projekte zum Zusammenschluß der Kohlenindustrie stehen in England z. Zt. zur Debatte. Economist vom 31. 12. 1927 schreibt darüber: „Das Versagen der Kohlenindustrie im Jahre 1927 an beiden Enden treffen zu lassen", d. h. eine profitable Geschäftsführung durchzuführen trotz Lohnrechnung mit verlängerter Arbeitszeit, welche die Arbeitgeber auf Grund ihres Sieges im Jahre 1926 durchsetzten, hat sie schließlich überzeugt, daß das Sammel-Komité Recht hatte, als es auf die Notwendigkeit einer gründlichen Um- oder Neuorganisation der Industrie bestand.

Die Produktion ist seit 1913 um 8 Millionen gestiegen. Es fehlen die Abnehmer. Trotz Preisregulierung sind durch Konkurrenz auf dem Weltmarkt die Preise schneller gefallen, als man die Herstellungskosten senken konnte.

Das weitgehendste Programm ist das der Gruben von Yorkshire-Nottingham und North-Derbyshire. Es stellt sich die Aufgabe, den Export zu ermutigen und Zufuhr und Nachfrage zu regulieren und heftige Preisschwankungen zu verhindern. Ein Versuch, die Preise zu regulieren, soll nicht gemacht werden. Für den Export wird ein besonderes Komitee vorgeschlagen. Eine zentrale Bergbauhandelsgesellschaft soll gegründet werden, der Destriktgesellschaften angegliedert sind. Das Exportkomitee bestimmt, welche finanzielle Hilfe den Mitgliedern zu gewähren ist, ihnen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und bei der Bunkerung von Schiffen, die ins Ausland gehen, zu ermöglichen. — Es muß dabei der Inlandsmarkt mit anderen Umständen in Betracht ziehen und darauf achten, daß die Gewinne aus dem Exporthandel nicht dem Zwischenhandel zugute kommen.

Die Mittel werden durch einen Beitrag, der 3 Pence die Tonne nicht übersteigen darf, aufgebracht. Im ersten Jahre wird er 1 Pence betragen. — Wie diese Unterstützung des Exports gehandhabt werden soll, ist noch nicht entschieden. — Deutschland, so sagt man, wende eine solche Politik an, man müsse dieselbe Methode verfolgen. — Während Northumberland und Deutschland in dem Bemühen zu der Ausfuhr des Vorkriegsniveaus zu gelangen, so waren die Häfen am Humber nicht so glücklich. Die größeren Eisenbahnkosten hindern sie. — Wenn es im ersten Augenblick auch so erscheint, **den Export auf Kosten der Inlandspreise zu steigern** (das berühmte deutsche Dumping), so hofft die Ausfuhr aus Humber bald auf 6 Millionen zu steigern und dadurch in der Lage ist an den Gesamtkosten zu sparen, aus denen trotz der Abgabe den Inlandspreis nicht steigern zu brauchen. Ein besonderes Exportbüro soll auf Grund von Studien Vorschläge machen, den Gewohnheiten und Erfordernissen der fremden Märkte zu begegnen, um den Kohlenexport wirksam zu heben.

Um dem anderen Problem zu begegnen, Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen, sind 2 Komitees in Aussicht genommen: Das Grundtonnen- und das Quotentonnenkomitee. Das Grundtonnenkomitee muß drei unabhängige Mitglieder besitzen. Es soll in den einschlägigen Instituten der Industrie mit den verschiedenen Komitees vertreten sein oder den Vorsitzenden stellen. Dieses Grundtonnenkomitee stellt die jährliche Förderung für jede Grube fest. Es studiert und überwacht deren Ergiebigkeit. Erlaubt Ausdehnung und Neuanlage von Gruben, befiehlt auch die Ergiebigkeitsverminderung und Einschränkung.

Das Quotenkomitee setzt, nach Lage des Handels besonders, die Monatsquoten jeweilig fest. Ueberschreiten dieser Quoten über 1 Proz. wird mit einer Strafe von 3 Schilling die Tonne bestraft. Ueberproduktion bis zu 1 Proz. muß im nächsten Monat reguliert werden. — Das Regulieren der Förderung soll nicht Drosselung bedeuten. (?) Durch Inlandsverbrauch und gesteigertem Export hofft man bald die Quoten erhöhen zu können. Nur wenn es der Arbeit des Grund- und Quotenkomitees gelingt, **die Entwicklung** der Gruben zu fördern, werden diese Projekte Erfolg haben. Sie müssen es verstehen, sich den verschiedenen Erfordernissen der Märkte voll anzupassen. Die Urheber dieses Projekts befürworten eine Steigerung der Kohlenförderung, soweit sie mit der gesamten Nachfrage irgendwie zu rechtfertigen ist. — Sie sind sich durchaus der Tatsache bewußt, daß allzustarke Drosselung wohl zeitweise die Preise zu steigern vermag, aber schließlich den Zusammenbruch der Gesellschaft herbeiführen wird.

Das Projekt für Wales ist, wie schon erwähnt, nicht so weitgehend. Es verlangt aber Festsetzung von Mindestpreisen und Strafen bis zu 2 Schilling die Tonne bei Unterbietung.

Das englische Blatt schließt dann seine Betrachtung mit folgenden beachtenswerten Worten: „Diese Pläne müssen mit dem größten Interesse betrachtet werden. **Unter den augenblicklichen Umständen** ist wenig Aussicht, **daß sie zur Ausbeutung des Publikums führen werden.** Die Konkurrenz ist zu groß und die Basis solcher Uebereinkommen zu schwach. Keiner von beiden hat viel Vertrauen hinter sich und es muß bezweifelt werden, ob sie Erfolge zeitigen werden, wenn sie nicht das Problem von der **Verringerung der Produktionskosten** rechnen, d. h. indem sie die Produktion um die am besten wirtschaftlichen Kohlenschächte konzentrieren und durch andere Devisen in dieser Richtung. Aber diese Pläne mögen als die Vorarbeit zur „Rationalisierung" der Kohlenindustrie dienen. — So werden sie sich als Schritte auf dem richtigen Wege erweisen."

Wir aber erkennen daraus, daß, nachdem die Arbeiter als Produzenten niedergeworfen, sich die Unternehmer dazu anschicken, nun auch die ganze Wucht des Konkurrenzkampfes auf die Arbeiter als Verbraucher niedersausen zu lassen. Es kommt aber noch hinzu, daß, wenn die englischen Grubenherren einen Teil ihres Verlustes durch Handelsgewinne mit dem ausländischen Kohlenindex decken konnten, diese Verschmelzungspläne in England einem Weltkohlenzweig als Schlußstein dienen, der einen Streik in der nationalen Kohleindustrie der Lächerlichkeit preisgibt, der zu revolutionären Kämpfen zwingt. Rationalisierung und Welttrust, das sind die beiden Pole aus der die fortgeschrittensten Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsgesundung erhoffen. — Wir aber fragen mit Rosa Luxemburg, für wen soll produziert werden, denn gerade diese Methoden müssen zur Einschränkung des Massenverbrauchs führen und umgekehrt neue Produktionszentren an den Standarten der Rohproduktion erstehen lassen. — Will das Proletariat warten, bis die internationalen Trusts es in einem neuen Weltkriege gegeneinander führt? Während England seinen Umbau vollzieht, während die Weltvertrustung fortschreitet, lauern überall Katastrophen. Diese gilt es auszunutzen. Proletarier aller Länder vereinigt euch zum Kampf um die Wirtschaft, zum revolutionären Kampf!

Die Abwehrmaßnahmen der englischen Arbeiterklasse sollen einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben.

„Grüne Woche"

Die Grüne Woche der deutschen Großagrarier ist wieder einmal da. Während die Junker im Zirkus Busch ihren Notschrei ertönen lassen, hat der Oberbürgermeister und der „rote" Magistrat von Berlin eine entsprechende Ausstellung in den Räumen der Berliner Messehallen arrangiert. Dort können die Proleten der Reichshauptstadt die „Spitzenleistungen" der deutschen Landwirtschaft bewundern.

Der Notschrei der Großagrarier, die im Landbund vereinigt sind, übertönt seit jeher alle anderen Töne und insbesondere die Schalmeientöne der jeweils gewesenen Grünen Wochen und Veranstaltungen. Und so ist es auch diesmal.

Seit Wochen schon beschäftigen sich die Reichsregierung und der Finanzausschuß des Reichstages mit den neuerdings lautgewordenen Wünschen dieser ewig „Notleidenden".

Nun haben es allerdings die Großagrarier trefflich verstanden, darauflos zu wirtschaften. Die Republik hat diese ihre Söhne niemals vergessen. Ihnen sind Kredite zugeflossen — noch und noch. Sieben Milliarden sind in die Landwirtschaft hineingepumpt worden. Vier Milliarden davon sind nach den Angaben derselben Großagrarier spurlos verschwunden und nicht mehr aufzufinden. Zugegeben, daß mancher der Herren Pleite gemacht hat. Aber dann war es zum mindesten eine gesunde Pleite. Es ist bekannt, welch gewaltige Geld- und Vermögenswerte die Inflation unter die Besitzer der Sachwerte schleuderte. Die Agrarier standen auch hier nicht an letzter Stelle. Dennoch wurde ihre „Not" nicht behoben; denn der Unersättliche leidet eben immer „Not". Dabei ist es schon möglich, daß der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte, soweit das Inland in Frage kommt, eher gesunken ist; denn der großen Masse der Bevölkerung, des Industrieproletariats, wird durch Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Steuerschraube ihre „Kaufkraft" vorgeschrieben.

Die Junker waren vor dem Kriege in dem Deutschland der Monarchie und der verschiedenen Dynastien der politisch allein führende Teil der Kapitalistenklasse. Sie beherrschten unmittelbar den gesamten Staatsapparat. Sie durften wirklich mit dem seligen Diest-Daber sagen: „Die Minister können uns sonst was." Ihr Wunsch war Befehl. „Ohne Kanitz keine Kähne."

Wäre die deutsche Revolution im vollen Sinne des Wortes auch nur eine bürgerliche gewesen, so wäre es ohne Kämpfe der Bourgeoisie mit den Adligen, der Whigs und Torries, auch nachdem nicht abgegangen. Die deutsche Novemberrevolution aber vertritt selbst diesen Typ der Umwälzung nur auf eine höchst unvollkommene Weise. Sie war ein Spätling. Fiel sie doch bereits voll in jene Epoche des entwickelten Imperialismus, in der nicht mehr die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Cliquen, sondern der Klassenkampf des Proletariats mit der Bourgeoisie im nationalen wie internationalen Rahmen die entscheidende Rolle spielt. Zwar übernahm das Finanzkapital in diesem Kampfe die Führung und hat sie noch heute inne. Aber die Junker wurden sehr bald — und waren zum Teil schon vor dem — ein wichtiger Bestandteil der herrschenden finanzkapitalistischen Macht. Es kam hinzu, daß infolge des stillschweigend zwischen ihnen und dem Kern der eigentlichen industriellen und Finanzbourgeoisie geschlossenen Kompromisses der Einfluß der Junker auf den bürokratischen und insbesondere den Wehrapparat des Staates nach wie vor ein bedeutender blieb. Mit Hilfe junkerlicher Elemente schlug Noske den Spartakusaufstand wie die Bewegung der Arbeiter im Kapp-Putsch nieder. Die Agrarier können also auch heute, wenn sie ihre Forderungen stellen, auf Erfüllung rechnen. An der Spitze dieser Republik steht einer der Ihren und diese Republik selbst rutscht vor der adligen Sippschaft tatsächlich auf dem Bauche.

Genossen! Sorgt für sofort'ge und pünktliche Abrechnung, damit das regelmäßige Weitererscheinen der „KAZ" gesichert werden kann.

Es ist denn auch nicht wenig, was die Agrarier verlangen. Zunächst und als unmittelbare „Hilfe" fordern sie neue Millionenkredite. Die aus den Steuern der Proleten fließen. Auch die aus dem Abbau der Sozialausgaben ersparten Gelder müssen „nutzbringend" verwertet werden. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler, der so tapfer die Tasche zuhielt, als die unteren Beamten eine kärgliche Aufbesserung ihrer kärglichen Gehälter forderten und der an der Spitze aller jetzigen und künftigen „Spar"maßnahmen steht, hat seinen Klassengenossen gegenüber natürlich eine freigebige Hand. Er schlug dem Finanzausschuß des Reichstages als erste Abschlagszahlung zur Linderung der agrarischen „Not" die Gewährung von einhundert Millionen Reichsmark an die fordernden Großagrarier vor. Weitere Zahlungen sollen folgen. Da die Demokraten im Reichstagsausschuß tapfer mitschieben helfen, und selbst Herr Stampfer im „Vorwärts" vom 29. Januar die Not der Großagrarier anerkennt, dürfte die zunächst bewilligte Summe, wenn überhaupt, so doch nicht weit unter dem geforderten Betrage bleiben.

Aber mit der nackten Vorschußzahlung ist den Agrariern nicht genügt. Sie treiben ihre Politik mit weiterer Perspektive. Haben die Chemie- und Eisenherren das Monopol für die von ihnen erzeugten Waren auf dem deutschen Binnenmarkt schon längst in Händen — und das ist der Fall —, so wollen und dürfen die Agrarier hinter ihnen nicht zurück bleiben. Ihr Machtinstrument ist der Einfuhrzoll auf Lebensmittel. Auch auf diesem Gebiet war die bürgerliche deutsche Republik der Schildknappe des Agrarkapitals. Die Zollkämpfe und Zollverteuerungen des Sommers 1926 sind noch in Erinnerung. Aber das damals Erreichte genügt nicht. Noch dürfen 120 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei die Grenze überschreiten. Auch diese Einfuhr soll fallen, um das Fleischmonopol der Junker vollkommen zu machen, und die Zollschraube wird um so stärker angezogen werden müssen, je mehr die „Rationalisierung" in der Industrie fortschreitet; d. h. je mehr die Proleten hungern und je weniger sie kaufen können; denn die Losung nicht nur des deutschen Agrarkapitals ist heute notgedrungen: Niedriger Absatz, hohe Preise. Die Widersprüche des Kapitalismus machen auch an diesem Punkte eine Lösung der Krise unter Verminderung der Schärfe des Klassengegensatzes unmöglich. Im Gegenteil: ihr weiterer Verlauf verschärft diesen Gegensatz nur.

Daß den Agrariern auch neben dieser monopolistischen Beherrschung des Marktes noch manch schöner Nebenprofit blühen soll und wird, wer möchte das leugnen. Soll doch das System der Einfuhrscheine, das für Getreide bereits besteht, auch auf die Schweineeinfuhr ausgedehnt werden. Dieses System aber besteht darin, daß für ein entsprechendes Kontingent der Ausfuhr des betreffenden Handelsartikels ein gleicher Betrag zollfrei eingeführt werden kann. Jetzt soll dies Geschäft mit Schweinefleisch gemacht werden, wobei bei selbstverständlich gleichbleibendem Preis der ganze Betrag des erlassenen Einfuhrzolles in die Taschen der Agrarier gleitet.

Nicht etwa, daß wir Anhänger des Freihandels wären. Selbstverständlich würde die völlige Oeffnung der Grenzen für Lebensmittel zunächst zu gesteigerter Konkurrenz und zu einer im Zeitalter der kapitalistischen Konzentration allerdings wohl nur sehr vorübergehenden Senkung der Lebensmittelpreise führen können. Doch würde dieser Vorteil dem Proletariat durchaus nicht zu Gute kommen, indem die Kapitalistenklasse unter Hinweis auf die sinkenden Lebensmittelpreise und unter dem Druck der dauernden Krise der Unternehmerwirtschaft den Druck auf die Löhne und Gehälter verdoppeln und verdreifachen würden. Mit der völligen Oeffnung der Grenzen und dem Abbau aller Einfuhrzölle würde die technisch zurückgebliebene landwirtschaftliche Produktion durch die ausländische Konkurrenz zur Unrentabilität verurteilt, und damit der Druck auf die Landarbeiter und durch dessen verschärfter Abwanderung nach den Städten der Druck auf das gesamte Proletariat durch die Vermehrung der Reservearmee von der anderen Seite her verschärft. Den Arbeitern verbliebe am Schluß kein Vorteil, sondern höchst wahrscheinlich eine weitere Senkung ihrer Lebenshaltung. Es gibt eben für die Arbeiterschaft keinen anderen Weg zur Freiheit und zu einem menschenwürdigen Dasein als den kompromißlosen, proletarisch-revolutionären Klassenkampf.

Das Finanzkapital wird, wie gesagt, seinen „Verpflichtungen" gegen die Landwirtschaft auf diesem oder jenem Wege nachzukommen verstehen. Die „Landwirtschaft" hat nach großkapitalistischen Begriffen wahrhaftig ein Anrecht darauf. Die junkerlichen Großagrarier haben diese Republik geduldet und ermöglichen ihr auch heute die Existenz. Die Junkerpartei (die Deutschnationalen) ist in der Reichsregierung an führender Stelle vertreten. Die Herren Großagrarier haben sich sogar herbeigelassen, an den Daweskrediten zu profitieren und zusammen mit den Deutschnationalen und nicht nur auf diese Weise den Dawesplan anerkannt.

Was die Bauernmassen anbetrifft, so sind sie zum überwiegenden Teil mit dem großkapitalistischen, junkerlichen Flügel, eben den Großagrariern, heute mehr denn je durch ihre wirtschaftlichen und sonstigen Interessen verknüpft. Es ist kein Zufall, daß heute in allen bäuerlichen Verbänden, soweit es sich nicht um künstliche Züchtungen handelt, das Großkapital führend ist. Es wäre zu viel verlangt, von den Massen der mittleren agrarischen Ausbeuter zu fordern, daß sie in den Zeiten der gesteigerten Wirtschaftskrise und kapitalistischen Verflechtung auf die Seite der Proletarier treten sollen. Das Proletariat hat an der künstlichen Erhaltung der zum Untergang bestimmten kleinbürgerlichen Schichten auch kein Interesse. Sofern diese Schichten aber bereits ins Proletariat abrutschen, hat es erst recht keinen Sinn, für sie eine besondere Mittelstands- oder Agrarpolitik zu verkünden und auszubauen.

Was die parlamentarischen Parteien anbetrifft, so ist die Sozialdemokratie bereits dabei, schon heute nach der Kompromißformel zu suchen, die den Agrariern alles gibt und ihr selbst hilft, wenigstens notdürftig das Gesicht zu wahren. Daß die Sozialdemokratie, falls sie im Reich zur Regierung kommt, die Politik des heutigen Ministers Schiele restlos übernimmt und fortführt, darüber kann kein Zweifel herrschen.

Auch die KPD. führt unter der Parole „Gegen den Bürgerblock" nur noch einen Scheinkampf gegen die agrarischen Besitzer. Schon klagt Edwin Hörnle, der Verfasser jenes Aufrufs der Thälmann-Zentrale, in dem der Achtstundentag des Land-